

Andreas PETER, München

Älter, bunter, mehr: Soziodemografischer Wandel und strategische Stadtentwicklungsplanung in der Landeshauptstadt München

Summary

Demographic change in Munich for the most part takes place contrary to the development in Germany as a whole. The challenges in the city are not related to population decline, but to the direct consequences of continuing growth which is based both on net migration gain and birth surplus.

In spite of these rather convenient conditions demographic changes are also visible within the Bavarian capital. Especially qualitative change can be observed, i. e. the differentiation of lifestyles and circumstances of living, changed family structures or the increasing heterogeneity and internationalisation of the city society. These trends in combination with socio-structural developments are presumably more relevant for the municipality than the alteration of the age pyramid.

In order to respond in time, the consequences of social and demographic transformation were picked out as a central theme within the framework of the strategic concept of urban development 'Perspective Munich'. Furthermore the current action plan 'Challenges of socio-demographic change for the urban development' contains a comprehensive analysis of future urban challenges in a number of fields.

The following article describes the essential trends of demographic and social change in Munich followed by the essential challenges and requirements for activity for urban development. The main focus will be on housing, education and integration of migrants. These aspects can be seen in close relation to the consequences of economic growth. Additionally, the paper discusses the key position of integrated urban development planning to tackle the challenges of socio-demographic change.

1 Einleitung

Während zahlreiche Städte schon seit Jahren mit den Folgen von Schrumpfung und Alterung konfrontiert sind, vollzieht sich der demografische Wandel in anderen, von Zuwanderung geprägten und wirtschaftlich prosperierenden Kommunen eher schleichend und teilweise sogar mit anderen Vorzeichen. Zur letzteren, immer kleiner werdenden Gruppe, gehört München, das nach den vorliegenden Prognosen auch mittelfristig noch durch ein erhebliches Bevölkerungswachstum geprägt sein

wird, wodurch sich wiederum der Alterungsprozess der Bewohnerschaft verlangsamte.

Trotz dieser vergleichsweise günstigen Ausgangsbedingungen sind jedoch auch in der bayerischen Landeshauptstadt die Rahmendaten des demografischen Wandels klar erkennbar und mit Zahlen belegbar. Hierzu zählen vor allem qualitative Veränderungen, wie die Ausdifferenzierung der Lebensstile und -lagen, veränderte Familienstrukturen oder die zunehmende Heterogenisierung und Internationalisierung der Stadtgesellschaft. Diese stellen in Kombination mit sozialstrukturellen Trends voraussichtlich größere Anforderungen an die Funktions- und Integrationsfähigkeit der Stadt als die Veränderungen der Altersstruktur.

Um reagieren zu können, wurden die Folgen des demografischen und sozialen Wandels schon frühzeitig im Rahmen des strategischen Stadtentwicklungskonzeptes „Perspektive München“ thematisiert. Darüber hinaus beinhaltet das aktuelle kommunale Handlungskonzept „Herausforderungen des soziodemografischen Wandels für die Stadtentwicklung“ eine umfassende Analyse der kommenden Herausforderungen für verschiedene Handlungsfelder. Dieses Konzept stellt eine wichtige Informationsgrundlage für alle beteiligten Akteure dar, benennt konkrete Handlungsoptionen und macht deutlich, dass auch in München über notwendige Anpassungen nachzudenken ist, da diese nahezu alle Bereiche der Stadtgesellschaft betreffen und Konsequenzen für die stadträumliche Struktur haben.

Im folgenden Beitrag werden zunächst die wesentlichen Trends des demografischen und sozialen Wandels in der bayerischen Landeshauptstadt skizziert, wobei die Sonderstellung Münchens im Vergleich zu den meisten anderen deutschen Städten verdeutlicht wird. Nachfolgend werden wesentliche Herausforderungen und Handlungserfordernisse für die Stadtentwicklung thematisiert. Der Schwerpunkt wird dabei auf die Handlungsbereiche Wohnen, Bildung und Integration gelegt. Diese Aspekte stehen in einem engen Zusammenhang mit den Folgen der Prosperität. Darüber hinaus wird die Schlüsselposition der integrierten Stadtentwicklungsplanung bei der Bewältigung der Herausforderungen des soziodemografischen Wandels diskutiert.

2 Soziodemografische Trends: Wachstum und soziale Polarisierung

München hat etwa 1,4 Millionen Einwohner und ist nach Berlin und Hamburg die drittgrößte Stadt der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zur Mehrheit der deutschen Großstädte ist die Bevölkerungsentwicklung von einer starken Wachstumsdynamik geprägt, die sowohl auf einen Wanderungsgewinn als auch auf einen Geburtenüberschuss zurückzuführen ist (vgl. Tabelle 1).

Die Wanderungsgewinne werden ausschließlich von der Altersgruppe der 15- bis 35-Jährigen getragen und stehen in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Anziehungskraft. Die für Großstädte typische Bildungs- und Berufswanderung fällt dabei in München besonders hoch aus. Bei allen anderen Gruppen zeigt sich hingegen ein negativer Saldo, der in erster Linie auf anhaltende Suburbanisierungsprozesse zurückzuführen ist.

Tabelle 1: Räumliche und natürliche Bevölkerungsentwicklung in München (Bevölkerung mit Hauptwohnsitz)

	1990 bis 1999	2000 bis 2009
Wanderungssaldo	+ 36.300	+100.500
<i>nach Alter:</i>		
0–14 Jahre	- 14.700	- 18.000
15–34 Jahre	+ 113.900	+ 176.600
35–59 Jahre	- 36.100	- 27.000
60–74 Jahre	- 15.500	- 18.600
75 Jahre und älter	- 11.300	- 12.500
<i>nach Herkunfts- und Zielgebieten:</i>		
Alte Länder ohne Bayern	+ 44.200	+ 57.600
Neue Länder und Berlin	+ 33.100	+ 26.600
Bayern ohne Umland	- 44.500	+ 21.500
Umland (Region 14)	- 74.200	- 46.700
Ausland	+ 176.700	+ 119.700
unbekannt	- 99.000	- 78.200
<i>nach Nationalität:</i>		
deutsch	- 20.500	+ 32.900
nicht deutsch	+ 56.800	+ 67.600
natürliche Bevölkerungsbewegung	- 3.700	+ 20.800
<i>davon:</i>		
deutsch	- 27.200	+ 5.600
nicht deutsch	+ 23.500	+ 15.200
Bevölkerungsentwicklung (gesamt)	+ 32.600	+ 121.300

Quelle: Landeshauptstadt München, Statistisches Amt, Zimas

Ein großer Teil dieser Wegzüge lässt sich mit den begrenzten Wohnungsangeboten in der verhältnismäßig kleinen Kernstadt und den hohen Miet- und Kaufpreisen erklären, wodurch zahlreiche Bewohner ihre Wohnbedürfnisse eher im Umland erfüllen können. Insgesamt summierte sich der nicht nur von jungen Familien, sondern auch von älteren Menschen getragene Wanderungsverlust mit dem

Umland¹ in den letzten zehn Jahren auf über 46.000 Personen. Im Vergleich zu den 1990er Jahren bedeutet dies einen Rückgang, der auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist. Zunächst sind sogenannte Echoeffekte zu nennen. So traten mit den Kindern der Baby-Boomer-Generation (der 1950er und 1960er Jahre) relativ stark besetzte Jahrgänge in die Ausbildungs- und Berufsphase ein, womit sich die Zuzüge jüngerer Menschen (nicht nur aus dem Umland) verstärkten. Zudem minderten umfangreiche wohnungspolitische Maßnahmen (siehe unten) den Abwanderungsdruck aus der Stadt. Hinzu kam ein statistischer Effekt, denn die Einführung der Nebenwohnsitzsteuer im Jahr 2006 führte zu zahlreichen Wohnstatuswechseln und damit zu einem Anstieg der Hauptwohnsitzbevölkerung. Insgesamt lässt sich aus den Wanderungsbewegungen der letzten Jahre, die durch hohe Schwankungen geprägt sind, keine Trendwende bei der Stadt-Umland-Wanderung ableiten. Auch weiterhin ist ein deutlich negativer Saldo zu erwarten. Hinzu kommt, dass die Abwanderung aus der Stadt zunehmend über die Grenzen des Umlandes hinausgeht.

Diesem Verlust steht der wesentlich größere Wanderungsgewinn mit allen Bundesländern (inklusive Bayern ohne Münchner Umland) und dem Ausland gegenüber. In jüngerer Vergangenheit ist eine Verschiebung der Hauptherkunftgebiete festzustellen. Während die Wanderungsgewinne in den 1990er Jahren ausschließlich auf den Wanderungsüberschuss mit dem Ausland zurückzuführen waren, nimmt der Anteil der aus anderen Teilen Deutschlands Zuziehenden an den Wanderungsgewinnen stetig zu. Im Jahr 2008 waren Deutsche und Ausländer zu gleichen Teilen beteiligt (BREU 2009). Zu beachten ist, dass die tatsächlichen Wegzüge aufgrund nicht vorgenommener Abmeldungen meist höher ausfallen, als in der Statistik aufgeführt. Im Zuge von Registerbereinigungen (zuletzt im Jahr 2009) wird dies korrigiert. Die Zielregion ist dabei meist unbekannt, befindet sich aber erfahrungsgemäß größtenteils im Ausland.

Neben der insgesamt positiven Wanderungsbilanz verbucht die Stadt München auch eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung. In der letzten Dekade gab es einen Überschuss von knapp 21.000 Geburten, der sowohl von Deutschen als auch von Ausländern getragen wurde. Mit jeweils etwa 14.000 Geburten sind in den Jahren 2008 und 2009 in München so viele Babys geboren worden wie zuletzt im Jahr 1969. Dieses Phänomen sorgt auch für große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit: „Immer mehr wollen ein Münchner Kind!“, titelte z.B. die Süddeutsche Zeitung am 11.08.2008. Bei einer genaueren Analyse dieses Phänomens zeigt sich jedoch, dass für den „Geburtenboom“ in erster Linie Altersstruktureffekte verantwortlich sind. So ist durch die Zuwanderung junger Menschen die Zahl derer hoch, die in die Familiengründungsphase eintreten. Dies führt zur vergleichsweise hohen absoluten Zahl an Geburten, die in Kombination mit niedrigen Sterberaten einen Geburtenüberschuss zur Folge hat.

Das generative Verhalten ist in den letzten Jahren hingegen sehr stabil. Dies zeigt ein Blick auf die zusammengefasste Geburtenziffer², die unabhängig von der

¹ Das Umland wird mit der sogenannten Planungsregion 14 gleichgesetzt, welche sich aus den Landkreisen Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Landsberg/Lech, München und Starnberg zusammensetzt.

² Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich zur Welt bringen würde, wenn sie den für den bestimmten Zeitpunkt maßgeblichen

Altersstruktur der Bevölkerung ist. Diese liegt in München mit durchschnittlich 1,2 Kindern pro Frau sowohl deutlich unter dem sogenannten Bestandserhaltungsniveau von 2,1 als auch unter dem Bundesdurchschnitt von knapp 1,4 (STATISTISCHES BUNDESAMT 2009, 56). Die Stadt profitiert bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in erster Linie von der Zuwanderung junger Menschen. Diese realisieren an ihrem neuen Wohnort Geburten, die anderswo ausfallen. Von innen heraus wäre die Münchner Stadtgesellschaft nicht reproduktionsfähig.

Die oben kurz skizzierten quantitativen demografischen Entwicklungen spiegeln sich auch in der Bevölkerungsstruktur wider, die in München eine Reihe von Besonderheiten aufweist (vgl. Abbildung 1). Zunächst fällt die starke Überprägung des Altersaufbaus durch die Zuwanderung auf. Die Personen im erwerbsfähigen Alter – insbesondere die jungen Erwachsenen – sind in der Stadt überdurchschnittlich stark vertreten. Hinzu kommt ein vergleichsweise hoher Ausländeranteil von 23 Prozent. Mehr als jeder dritte Einwohner hat einen Migrationshintergrund. Neben den ausländischen Staatsbürgern zählen zu dieser Gruppe zum Beispiel auch Eingebürgerte, Spätaussiedler oder Kinder, deren Eltern aus dem Ausland zugewandert sind. Bei den Kindern und Jugendlichen sind die Deutschen ohne Migrationshintergrund inzwischen mit 48 Prozent in der Minderheit.

Neben den Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung nach Zahl, Alter oder Nationalität äußert sich der demografische Wandel auch in der zunehmenden Pluralisierung familialer und nicht-familialer Lebensformen, der fortschreitenden Individualisierung und der Ausdifferenzierung von Lebensstilen und -lagen. Das gilt im großstädtischen Kontext Münchens im besonderen Maß und zeigt sich unter anderem in der Verkleinerung der Haushaltsgrößen, der Zunahme alternativer Lebensformen und von biographischen Brüchen (z.B. durch Trennung, Mobilität, Erwerbslosigkeit) sowie in einer größeren Vielfalt bei der Gestaltung von Lebensläufen. So gilt München inzwischen mit 54 Prozent Einpersonenhaushalten und einem Singleanteil von knapp 30 Prozent bei den 18- bis 59-Jährigen bundesweit neben Berlin als „Stadt der Singles“ (Süddeutsche Zeitung, 09.04.2009). Während vor 50 Jahren in etwa 40 Prozent der Haushalte mehr als zwei Personen lebten, galt dies im Jahr 2008 nur noch für 21 Prozent. Begleitend nahmen der Anteil der klassischen Ehepaar-mit-Kind(ern)-Familien ab und der Anteil von Alleinerziehenden stetig zu. Bezogen auf die Haushalte mit Kindern liegt letzterer in München bereits bei 21 Prozent.

Zu den quantitativen und qualitativen demografischen Prozessen kommen sozialstrukturelle Veränderungen hinzu. So ist auch im Freistaat Bayern und in München – trotz wesentlich besserer wirtschaftlicher Ausgangsbedingungen als in den meisten anderen Regionen Deutschlands – eine Zunahme von prekären und sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu beobachten. Dies äußert sich auch im Anstieg von Leih- und Niedriglohnarbeit. Die Zahl der bayerischen Beschäftigten bei Zeitarbeitsfirmen hat sich innerhalb weniger Jahre mehr als verdoppelt (EIGENHÜLLER 2008), und dieser Trend hält an. Begleitet werden diese Entwicklungen von einer Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere bei jüngeren Erwerbstätigen (DGB 2009a und 2009b).

Fruchtbarkeitsverhältnissen unterworfen wäre (BÄHR 1997, 183).

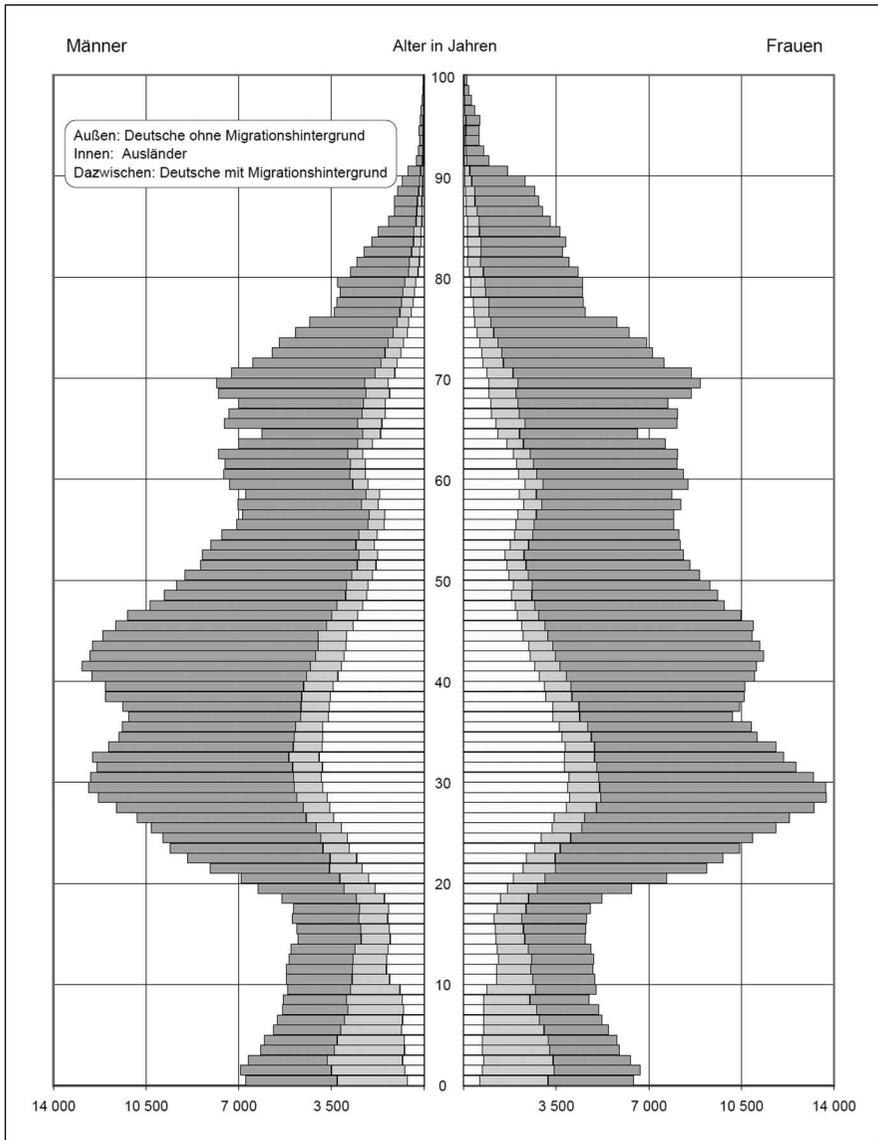


Abb. 1: Altersverteilung der Münchner Bevölkerung

Als große Herausforderung stellt sich die zunehmende soziale Polarisierung der Stadtgesellschaft dar. So geht aus dem Armutsbericht Münchens hervor, dass sich zwischen den Jahren 2000 und 2007 die Zahl der Menschen, die nach der neuen OECD-Skala (OECD 2010) in relativer Armut³ leben, von 126.000 auf 179.000 erhöht hat. Die Armutsquote in der Stadt stieg damit innerhalb weniger Jahre von

³ Als relativ arm gelten Personen, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60 Prozent des Mittelwertes aller Personen Westdeutschlands beträgt.

10,1 auf 13,4 Prozent (LHM 2008a, 15ff.). Besonders von Armut betroffen sind Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende und Migranten. Bei jeder dritten Person, die ALG II bezieht, handelt es sich um Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Der Anteil der Alleinerziehenden an den Bedarfsgemeinschaften war fünfmal so hoch wie der Anteil an allen Privathaushalten, und unter den Nicht-Deutschen beziehen zweimal mehr Menschen ALG II als unter Deutschen (ebd., 17ff.).

Anhand hochgerechneter Daten der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung aus dem Jahr 2005 (LHM 2005a)⁴ standen der armen Bevölkerung im Jahr 2007 etwa 260.000 reiche Münchnerinnen und Münchner gegenüber. Diese lebten in Haushalten mit einem Einkommen, das mindestens 200 Prozent des westdeutschen Durchschnitts umfasste. Münchens Ruf als reiche Stadt ist damit auch an den Daten ablesbar. Der gleichzeitige kontinuierliche Anstieg der Armut und die damit vorschreitende soziale Spaltung stellen jedoch unter diesen Bedingungen besonders große Herausforderungen an eine solidarische Stadtgesellschaft.

Um die Folgen des demografischen und sozialen Wandels für die Kommune abzuschätzen, ist nicht nur eine umfassende Analyse jüngerer Entwicklungen notwendig, sondern auch der Blick in die Zukunft. Hierzu kann auf die Bevölkerungsprognose der Landeshauptstadt München zurückgegriffen werden (LHM 2010a). So wird zwischen 2009 und 2030 ein weiterer Anstieg der Bevölkerungszahl um etwa 150.000 vorhergesagt. Die beständige Zuwanderung junger Menschen und der Geburtenüberschuss führen dazu, dass die Altersstruktur nahezu unverändert bleibt und sich Jugend- und Altenquotient kaum verändern. Trotzdem sind Verschiebungen innerhalb der Altersgruppen zu erwarten. Es ist davon auszugehen, dass durch das „Hineinaltern“ starker Kohorten die absolute Zahl der Hochbetagten (75+) bis zum Jahr 2030 um knapp 40 Prozent steigt, von heute etwa 100.000 auf dann 140.000, wobei innerhalb dieser Gruppe vor allem der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund und der Männer deutlich zunehmen wird.

Da die weitere Bevölkerungsentwicklung Münchens jedoch außerordentlich stark vom Umfang und von der Struktur der Zuwanderung abhängig ist, ergeben sich bei der Abschätzung der fernerer Entwicklung zwangsläufig Unsicherheiten. Denn die Trends sind nicht nur abhängig von den Voraussetzungen in der Stadt, sondern auch von den wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklungen in den Herkunftsregionen der Zuziehenden. Hinlänglich bekannt ist, dass sich die Gruppe der unter 30-Jährigen, die bisher der Hauptträger der positiven Wanderungsraten in München war, in zahlreichen Herkunftsregionen angesichts des Geburtenknicks in den 1990er Jahren (z.B. in den neuen Ländern und im östlichen Mitteleuropa) drastisch reduziert, womit sich kurzfristig ein Teil des bisherigen Zuzugspotenzials erschöpft.

Bezüglich der sozialstrukturellen Prozesse in der Stadt ist von anhaltenden sozialen Polarisierungstendenzen auszugehen. In mehreren Studien zur Altersvorsorge in Deutschland wird explizit darauf hingewiesen, dass zukünftige Kohorten nur schwerlich das heutige Rentenniveau erreichen können. Inzwischen besteht Einigkeit darüber, dass Altersarmut als Massenphänomen zurückkehrt (HEIEN et al. 2007). In der Münchner Statistik lassen sich schon heute deutliche Anzeichen für

⁴ Im Jahr 2010 wurde eine neue Befragung durchgeführt. Die Ergebnisse werden im ersten Quartal 2011 präsentiert.

diese Entwicklung finden. So steigt die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung im Alter (nach SGB XII) stetig an. Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten bekommt dieses Phänomen für München eine besondere Bedeutung.

Als Fazit kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass sich in München die größten Herausforderungen für die Stadtgesellschaft nicht allein durch die Veränderung der Altersstruktur ergeben, sondern in erster Linie infolge der Überlagerung demografischer Entwicklungen mit sozialstrukturellen Veränderungen.

3 München stellt sich dem Wandel: „Perspektive München“ und „Soziodemografisches Handlungskonzept“

Der soziodemografische Wandel ist als Prozess des allgemeinen gesellschaftlichen Wandels zu verstehen. Das heißt, dass sich Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur auf eine veränderte Altersstruktur einzustellen haben, sondern auch auf neue Formen der gesellschaftlichen Integration, unterschiedliche Lebensformen und Lebensstile, auf neue Formen der Solidarität zwischen den Generationen und auf die Weiterentwicklung und Anerkennung zivilgesellschaftlichen Handelns.

Von den Veränderungen sind alle städtischen Ressorts betroffen. Auch in München ergeben sich neue Anforderungen an die soziale und technische Infrastruktur, das Bildungs- und Ausbildungssystem, die Gesundheitsdienstleistungen, den Städtebau und das Wohnungswesen sowie die soziale und kulturelle Integration. Die wachsende soziale Polarisierung und die Differenzierung der Stadtgesellschaft erschweren die Sicherung der sozialen Kohäsion und die Entwicklung konsensfähiger Ziele und Prioritäten der Stadtentwicklung. Es drohen soziale Desintegration und Zunahme sozialräumlicher Disparitäten. Weitere Herausforderungen z.B. im Zuge der europäischen und globalen Städtekonkurrenz, des wirtschaftlich-technologischen Strukturwandels oder der verstärkten Internationalisierung der Immobilienmärkte kommen hinzu. Dies hat zur Folge, dass Stadtentwicklungsprozesse auch immer stärker von weit entfernten Akteuren bestimmt werden. Zeitgleich führt die chronische Finanzkrise der deutschen Städte auch in München zu einem Konsolidierungszwang und einer Einschränkung der Handlungsmöglichkeit der öffentlichen Hand.

Mit kurzfristigen und reaktiven Strategien der Stadtpolitik sind diese Herausforderungen nicht zu bewältigen. Die Städte benötigen langfristig orientierte und integrierte Strategien, um Spannungen stadt- und sozialverträglich auszugleichen, bedrohte Qualitäten zu stabilisieren und neue Qualitäten zu schaffen sowie Investitionen fördernde Innovationen zu generieren. Diese Erkenntnis führte in München bereits in den 1990er Jahren zu einer inhaltlichen und methodischen Neuorientierung der Stadtentwicklungsplanung.

Mit der „Perspektive München“ (PM) wurde im Jahr 1998 eine querschnittsorientierte und prozessual angelegte Stadtentwicklungsstrategie geschaffen. Sie bildet ein flexibles und handlungsorientiertes Fundament für eine Stadtentwicklungspolitik, die auf neue zeitliche und räumliche Erfordernisse rasch reagieren kann (LHM 2005b). Die PM besteht aus 16 thematischen Leitlinien für die wesent-

lichen Handlungsfelder der zukünftigen Stadtentwicklung. In ihnen wird ausgehend von einem integrierten Ansatz ein fachspezifischer Entwicklungsrahmen aufgezeigt und durch umsetzungsorientierte Strategien konkretisiert. Damit stellt sie einen langfristigen Orientierungs- und Entwicklungsrahmen für München dar. Nach einer Evaluierung im Jahr 2007 wird das Papier derzeit (2010) fortgeschrieben. Die Bewältigung des soziodemografischen Wandels stellt dabei ein wesentliches Querschnittsthema dar.

In allen bestehenden Leitlinien finden sich Bezüge zur demografischen und sozialen Entwicklung in der Stadt. Dies gilt insbesondere für die Leitlinien „Sozialen Frieden durch soziale Kommunalpolitik sichern“, „Stadtteile durch Stadtteilentwicklung stärken“, „Inneren Frieden sichern – durch kommunale Sicherheits-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik“, „Kinder- und familienfreundliches München“ und die Leitlinien „Bildung“ und „Gesundheit“.

Den Leitlinien sind Leitprojekte zugeordnet, die exemplarisch zeigen, wie die formulierten Strategien praktisch umgesetzt oder optimiert werden können. Diese Leitprojekte können auch den Charakter von teilräumlichen bzw. sektoralen Konzepten und Handlungsprogrammen haben, die zugleich die finanziellen, räumlichen und personellen Ressourcen der Landeshauptstadt auf strategisch bedeutsame Handlungsfelder bündeln. Neben dem Münchner Innenstadtkonzept, dem Programm „Wohnen in München“ oder dem Interkulturellen Integrationskonzept gehört hierzu auch das Handlungskonzept „Herausforderungen des soziodemografischen Wandels für die Stadtentwicklung“. Dieses wurde vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung unter Mitwirkung weiterer städtischer Referate erstellt und im Jahr 2008 vom Stadtrat beschlossen (LHM 2010b). Vorangegangen war ein erster Bericht zu den Folgen des soziodemografischen Wandels für die Stadtentwicklung aus dem Jahr 2004. In dem aktuellen Handlungskonzept werden die wesentlichen demografischen und sozialen Trends in München und der Stadtregion analysiert und die daraus resultierenden Konsequenzen für die verschiedenen Themenbereiche, wie Wohnungsmarkt und Siedlungsentwicklung, Mobilität, Arbeitsmarkt und Bildung, Versorgung mit sozialer Infrastruktur, Gesundheit und Pflege, Integration, Generationenbeziehungen sowie Kunst und Kultur abgeleitet. Darüber hinaus werden entsprechende Handlungserfordernisse und -optionen benannt. Zu den Prioritäten des Handlungskonzeptes gehören unter anderem Investitionen in die Bereiche Wohnungsbau, Bildung und Integration. Diese drei Themen – die in einem engen Zusammenhang mit den Folgen des Wachstums stehen – werden nachfolgend näher beleuchtet.

4 Wohnungspolitik: der „Münchner Weg“

Das Bevölkerungswachstum und die Veränderungen der demografischen Struktur sorgen für eine sehr hohe und weiter steigende Wohnungsnachfrage. Zusätzlich differenzieren sich die Wohnbedürfnisse immer stärker aus. Die Schaffung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Wohnungsangebotes gehört daher zu den größten Herausforderungen für die Münchner Kommunalpolitik.

Ein Blick auf die Eckdaten des Wohnungsmarktes in der Stadt veranschaulicht die Situation.

Seit Jahren herrscht in München ein angespannter Wohnungsmarkt, strukturelle Wohnungsleerstände existieren nicht. Insgesamt wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren von einem Neubaubedarf von etwa 100.000 Wohnungen ausgegangen – davon 42.500 aufgrund der steigenden Einwohnerzahl und 57.500 aufgrund des steigenden Wohnflächenverbrauchs pro Kopf.

Der Wohnungsmangel schlägt sich in den bundesweit höchsten Mietpreisen nieder. Im zweiten Quartal des Jahres 2007 lagen die Erstvermietungsrenten für Wohnungen mit einem guten Wohnwert bei durchschnittlich 12 €/qm (kalt). Insbesondere einkommensschwächere Haushalte können sich daher aus eigener Kraft auf dem Wohnungsmarkt nicht durchsetzen. Im Jahr 2007 lagen 14.500 Vormerkungen für eine Sozialwohnung vor. 4.500 davon galten als besonders dringlich. Die Folge der hohen Mieten ist, dass etwa jeder vierte Münchner Haushalt im engeren Sinn sozialwohnungsberechtigt ist und beinahe 60 Prozent der Haushalte aus Sicht der kommunalen Wohnungspolitik ein „förderfähiges“ Einkommen haben.

Das Hauptziel der kommunalen Wohnungspolitik stellt daher die Mindestversorgung mit bezahlbarem Wohnraum dar. Neben einkommensschwachen Haushalten bilden dabei auch Familien mit (bis zu) durchschnittlichen Einkommen eine zentrale Zielgruppe des Wohnungsbaus. Auch ältere Menschen rücken zunehmend in den Fokus.

Grundsätzlich zeichnet sich die kommunale Wohnungspolitik in München durch eine lange Kontinuität aus. Die wohnungspolitischen Ziele der Landeshauptstadt werden im Handlungsprogramm „Wohnen in München“ festgelegt, das regelmäßig fortgeschrieben wird. Das aktuelle Programm „Wohnen in München IV“ umfasst den Zeitraum von 2007 bis 2011 und ist das umfangreichste kommunale Wohnungsbauförderprogramm in Deutschland. Das Hauptanliegen dieses Konzeptes besteht darin, die verschiedenen Förderprogramme für den Bau von Miet- und Eigentumswohnungen zu koordinieren und umzusetzen, den Wohnungsbestand mit städtischen Belegungsrechten zu stabilisieren und jährlich ausreichend Baurecht für weitere Wohnungen zu schaffen. Im Programmzeitraum soll eine jährliche Baurechtschaffung für 3.500 Wohnungen durch die Kommune realisiert und insgesamt ein jährliches Neubauvolumen von 7.000 Wohnungen (davon 1.800 im geförderten Wohnungsbau) erreicht werden. Soziodemografische Aspekte haben eine besondere Bedeutung und spiegeln sich in der Vorgabe von Zielquoten für die Anzahl von Wohnungen für Haushalte mit Kindern, für Benachteiligte am Wohnungsmarkt bzw. Wohnungslose, für Genossenschaften und Baugruppen sowie für altersspezifische Wohnprojekte wider. Gleiches gilt für die Gestaltung des Wohnumfeldes sowie die Ausstattung mit sozialer und technischer Infrastruktur. Neben 285 Millionen Euro an staatlichen Zuschüssen, stellt die Kommune zur Realisierung dieser Ziele im genannten Zeitraum 625 Millionen Euro an städtischen Mitteln zur Verfügung (LHM 2006a, 159ff.).

Die zahlreichen Fördermöglichkeiten und die beim Bau neuer Wohnquartiere einzuhaltenden Standards gelten auch als „Münchner Weg“. Ein Herzstück ist das „München Modell – Miete und Eigentum“, bei dem die Kommune den Mietwohnungsbau und die Eigentumbildung fördert, indem sie beispielsweise Grundstücke oder Baudarlehen verbilligt anbietet. Im Rahmen des Prinzips der „Münchner

Mischung“ wird zusätzlich darauf geachtet, dass die soziale Vielfalt der Bewohnergruppen im Quartier durch die Kombination von verschiedenen Nutzungs- und Finanzierungsformen gewährleistet wird. In der Regel ist bei Neubauvorhaben ein Sozialwohnungsanteil von mindestens 30 Prozent, maximal aber von 50 Prozent einzuhalten. Auch die Mischung von Jung und Alt gehört zu diesem Konzept.

Ein weiteres wichtiges Instrument der kommunalen Wohnungspolitik ist die „Sozialorientierte Bodennutzung“ (SoBoN). Dabei werden Investoren, die durch eine Baurechtschaffung der Kommune einen Gewinn erzielen, nicht nur am Bau von Sozialwohnungen beteiligt, sondern auch an den Kosten zur Schaffung der notwendigen sozialen und technischen Infrastruktur. Die Kombination dieser Instrumente sorgt dafür, dass die Münchner Viertel mit einem hohen Neubauanteil von einer sozialen Mischung geprägt sind.

In den vergangenen 20 Jahren hat die Münchner Stadtentwicklung von einem grundlegenden Strukturwandel profitiert, der die historisch einmalige Freimachung von Flächen in gut erschlossenen Innenstadtlagen zur Folge hatte: Bahn-, Kasernen-, Industrie- und Verkehrsflächen in einer Größenordnung von 650 ha konnten in einer Periode großen Wachstums für neue Zwecke, insbesondere den Wohnungsbau, genutzt werden. Zu den größeren Projekten gehörten die Nordhaide (vgl. Abb. 2 und 3) und der Ackermannbogen mit zusammen etwa 10.000 Einwohnern. Hinzu kommen Bauvorhaben an den zentralen Bahnflächen zwischen Hauptbahnhof und Pasing (ca. 16.000 Einwohner und 18.000 Arbeitsplätze). Bundesweit bekannt ist die größtenteils fertiggestellte Messestadt Riem auf dem ehemaligen Flughafengelände. Zu den größten Siedlungsprojekten der nächsten Jahre gehört Freiham am westlichen Stadtrand, mit geplanten 18.000–20.000 Einwohnern.



Abb. 2 u. 3: Nordhaide – ein neues Quartier Münchens

Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums reichen die heute erkennbaren Flächenpotenziale jedoch nur noch bis etwa 2015/20 aus. Die Stadtentwicklungsplanung beschäftigt sich daher im Projekt „Langfristige Siedlungsentwicklung“ mit geeigneten Planungsstrategien für die Zeit danach. Die verbindliche Kooperation mit den Städten und Gemeinden in der Region – auch im Wohnungsbau und der Wohnungsbauförderung – wird dabei eine wichtige Voraussetzung sein. Als ergänzende kommunale Strategie zur Sicherung des preiswerten Wohnungsbestandes kommt neben der Nachverdichtung auch der Ankauf von Belegungsrechten an frei werdenden Wohnungen bzw. der Bestandserwerb hinzu.

Die Bestandsentwicklung wird ein stärkeres Gewicht erhalten. Hier entstehen neue Herausforderungen, denn die qualitative Anpassung bestehender Gebäude an veränderte Wohnbedürfnisse wird unter den Bedingungen eines angespannten Wohnungsmarktes eher erschwert. In der Regel können Eigentümer ihre Wohnungen auch ohne größere Investitionen problemlos vermieten, womit der ökonomische Anreiz zur Schaffung neuer Qualitäten – zum Beispiel für einen altengerechten Umbau – oftmals fehlt. Unter dem Arbeitstitel „Thesen und Maßnahmen für einen innovativen Wohnungsbau in München“ beschäftigen sich daher Experten mit der Frage der qualitativen Weiterentwicklung der Münchner Wohnungspolitik. Die Ergebnisse fließen in die Fortschreibung des Handlungsprogramms Wohnen (dann in der fünften Auflage) ein. Die städtischen Wohnungsgesellschaften sind dabei sehr wichtige Akteure.

5 Bildungsstadt München: quantitativer und qualitativer Ausbau

Angesichts des gesellschaftlichen und soziodemografischen Wandels ergeben sich auch notwendige Veränderungen im Bildungsbereich. Wie beim Wohnungsbau sind umfangreiche Investitionen sowohl in den qualitativen als auch in den quantitativen Ausbau erforderlich. Dies zeigt ein Blick auf die Bildungssituation in der Landeshauptstadt, die im Jahr 2006 im Ersten Münchner Bildungsbericht ausführlich vom Elementar- bis zum Tertiärbereich betrachtet wurde (LHM 2006b).

Zu den Kernaussagen der Analyse gehört, dass das Bildungssystem der Stadt mit etwa 50 Prozent zwar einen vergleichsweise hohen Anteil an Personen mit Hochschulzugangsberechtigung hervorbringt, aber gleichzeitig fast jeder Vierte die Schule ohne einen qualifizierenden Abschluss verlässt. Angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit einer wachsenden Bedeutung der Wissensökonomie und einer sinkenden Nachfrage nach niedrig qualifizierten Beschäftigten, ist dies besonders problematisch. Dies gilt insbesondere für einen High-Tech-Standort wie München, wo die Qualifizierungsanforderungen in stärkerem Maße steigen als anderswo.

Besonders auffällig ist die Abhängigkeit des Bildungszugangs der Kinder von der Herkunft der Eltern. So korrelieren die Bildungsergebnisse außer mit dem Qualifikationsniveau der Eltern auch mit dem Ausländeranteil und der Kaufkraft und zeigten im Stadtgebiet eine charakteristische kleinräumige Verteilung. Im Jahr 2005/06 reichten die Übertrittsquoten aufs Gymnasium auf Ebene der Grundschulsprengel von 15 bis 90 Prozent. Besonders niedrig war die Bildungsbeteiligung von Zuwandererkindern. Während der Anteil ausländischer Kinder im Jahr 2005/06 in der 4. Jahrgangsstufe bei knapp 30 Prozent lag, betrug er in der 5. Klasse des Gymnasiums nur noch 10 Prozent und in der Hauptschule 53 Prozent. Wird von der nunmehr gebräuchlichen erweiterten Definition der Schüler mit Migrationshintergrund ausgegangen, beträgt der Anteil an den Hauptschülern sogar 60 Prozent. Besonders problematisch ist, dass weniger als die Hälfte unter ihnen die 9. Jahrgangsstufe erreicht.

Ausgehend von den Ergebnissen des Bildungsberichtes entstand im Rahmen der „Perspektive München“ die „Leitlinie Bildung“ (LHM 2008b), in der die strategischen Ziele und die über mehrere Jahre gültige Ausrichtung des kommunalen

Handelns bestimmt wurde. Von besonderer Bedeutung sind dabei die frühzeitige Ausschöpfung von Bildungspotenzialen sowie die Förderung der Sprachkompetenz von (fremdsprachigen) Kindern und deren Eltern.

Zahlreiche Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung. Hierzu gehört der Bau drei neuer staatlicher Gymnasien, darunter eines im Münchner Norden, einem Standort mit bisher geringer Bildungsbeteiligung. Auch die Zahl der Kinderkrippenplätze wird stetig erhöht und hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Der Versorgungsgrad liegt inzwischen bei 23 Prozent, bei Kindergartenplätzen wurde inzwischen eine Quote von 90 Prozent erreicht.

Neben den umfangreichen Investitionen der öffentlichen Hand kommt dabei dem bereits erwähnten Instrument der „Sozialorientierten Bodennutzung“ (SoBoN) eine besondere Rolle zu. Aufgrund der finanziellen Beteiligung privater Investoren konnten zwischen 1994 und 2009 insgesamt knapp 9.000 Plätze in Kindergärten, Kinderkrippen, Horten und Grundschulen geschaffen werden.

Angesichts steigender Kinderzahlen und der zunehmenden Bedeutung der frühkindlichen Bildung sind weitere Anstrengungen notwendig. Bis zum Jahr 2013 wird bei Kinderkrippen zunächst ein Versorgungsgrad von 35 Prozent angestrebt. Wie auch beim Wohnungsbau, ist die Flächenknappheit dabei eine besonders große Herausforderung. Seit dem Jahr 2009 wird daher in der referatsübergreifenden „AG Krippenausbauffensive“ intensiv an der Erschließung neuer Standorte und der zeitnahen Umsetzung von Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen gearbeitet. Bislang wurden 75 Standorte als positiv bewertet, 39 werden voraussichtlich schon bis zum Jahr 2013 realisiert, wodurch 1.550 neue Plätze entstehen. Trotzdem werden auch dann noch in zahlreichen städtischen Teilbereichen erhebliche Defizite bei der Kinderbetreuung bestehen.

Neben dem quantitativen Ausbau wird auch an der Verbesserung der Qualität gearbeitet. Aufgrund des sehr hohen Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund besteht ein wichtiges Handlungsfeld in der interkulturellen Bildung. Zu den wichtigen Grundlagen gehören die interkulturelle Pädagogik und die Sprachförderung. So bietet das Bildungsreferat für die Einrichtungen eine Vielzahl von Projekten an, die das Ziel haben, ein möglichst breites Spektrum der Erziehung abzudecken. Darüber hinaus wird derzeit im Elementarbereich ein einrichtungsspezifischer Finanzierungsfaktor eingeführt, der sich an einem Sozialindex orientiert. Dieser Index wird aus der Kombination der drei Indikatoren Bildungsniveau, Kaufkraft und Migrationshintergrund gebildet und dient als Grundlage für eine differenzierte Steuerung.

Da der Bildungsweg stark davon beeinflusst wird, welche Impulse und Hilfsangebote das unmittelbare Umfeld bereithält, verlangt die Verwirklichung von Chancengleichheit auch einen regionalen, stadtteilbezogenen Ansatz. Dieser Idee folgt das Programm „Lernen vor Ort“, für das München im Juli 2009 neben 39 weiteren Kommunen ausgewählt wurde. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen, deren Ziel darin besteht, die Bildungsbeteiligung und Bildungschancen zu erhöhen, insbesondere in den Stadtteilen mit erschwerten Lernausgangsbedingungen. Zu den zentralen Handlungsfeldern in München gehören die Etablierung eines kommunalen Bildungsmanagements, der Ausbau der Bildungsberatung, die

Verbesserung des Bildungsmonitorings, die Koordination der Bildungsübergänge, die Verstärkung der Integration sowie die Familienbildung und Elternarbeit. Die jeweiligen Handlungsfelder werden durch verschiedene Teilprojekte umgesetzt. Hierzu gehört die regelmäßige Durchführung einer Bildungskonferenz, die im Jahr 2010 das erste Mal stattfand und der nichtstädtische und städtische Bildungsakteure angehören. In diesem Gremium werden über die jeweiligen Zuständigkeiten hinaus Vereinbarungen erzielt und gemeinsame Aktivitäten auf den Weg gebracht. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Einrichtung von „Lernläden“, zunächst in den randstädtischen Großsiedlungen Hasenberg und Neuperlach sowie in der innerstädtisch gelegenen Schwanthalerhöhe. In diesen „Läden“ soll ein ortsnaher Service rund um das Thema Bildung für die Bürgerinnen und Bürger geboten werden. Mit Hilfe einer Bildungsmanagerin oder eines Bildungsmanagers werden hier die lokalen Bildungsaktivitäten und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren koordiniert und unterstützt. Im Oktober 2010 wurde der erste Lernladen eröffnet.

Aus dem aktuellen Bildungsbericht (LHM 2010c) geht hervor, dass sich inzwischen in wesentlichen Punkten des Münchner Bildungssystems positive Entwicklungen feststellen lassen. Hierzu gehört zum Beispiel die sinkende Zahl von Abgängern ohne qualifizierenden Abschluss. Zentrale Herausforderungen bestehen jedoch weiterhin fort. Dies betrifft insbesondere den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsergebnissen sowie die nach wie vor deutlich geringere Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund.

6 Integration als kommunale Aufgabe

In München leben Menschen aus über 180 Nationen. Mit ihren unterschiedlichen Lebensstilen sowie ihrer religiösen und ethnischen Vielfalt sind sie ein prägender Bestandteil der Stadtgesellschaft. Globalisierung, EU-Osterweiterung und wachsende internationale Bedeutung des Standortes München werden die Präsenz von Menschen unterschiedlicher Nationalität und kultureller Prägung weiter befördern.

Wie oben bereits erwähnt, hat schon heute die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen Migrationshintergrund. Auf der Ebene der Stadtviertel werden Migrantenanteile bis über 80 Prozent erreicht. In Zukunft wird insbesondere der Anteil älterer Migrantinnen und Migranten zunehmen (vgl. auch den Beitrag von Claudia KAISER in diesem Heft).

Gleichzeitig ist zu erwarten, dass die sozialen Probleme und Ausgrenzungen von großen Teilen der Bevölkerung deutlicher als bisher schon hervortreten. Dies gilt insbesondere für Migrantinnen und Migranten, die mit am stärksten von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind.

Die kommunale Integrationspolitik ist damit ein unstrittiges und zentrales Querschnittsthema der Stadtentwicklung. Das Hauptziel besteht darin, Bedingungen dafür zu schaffen, dass allen Bewohnerinnen und Bewohnern eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben ermöglicht sowie eine Atmosphäre der gegenseitigen Akzeptanz geschaffen bzw. erhalten werden kann.

Im Jahr 2008 wurde vom Stadtrat das Interkulturelle Integrationskonzept beschlossen, das sich in die „Perspektive München“ einordnet und die Grundsätze und Strukturen der kommunalen Integrationspolitik für alle Referate verbindlich fest schreibt und erstmals alle Aktivitäten bündelt (LHM 2008c). Damit hat München so etwas wie eine „integrationspolitische Verfassung“, in der sich die Stadt dazu verpflichtet, in ihrem kommunalen Handeln, in ihren Projekten, Planungen und Dienstleistungen interkulturelle Aspekte zu berücksichtigen, mehr Teilhabechancen zu eröffnen sowie die eigene Politik und die eigenen Planungen entsprechend zu gestalten. Darüber hinaus werden auch die Akteure außerhalb der Stadtverwaltung wie Wohlfahrtsverbände, Kirchen und religiöse Einrichtungen, Sportvereine, Initiativgruppen und Migrantenselbstorganisationen einbezogen. Das Integrationskonzept richtet sich dabei sowohl an die einheimische Bevölkerung als auch an die zugewanderten Bürgerinnen und Bürger. Zu den zentralen Handlungsfeldern gehören die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung und der sozialen Infrastruktur, die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe, die Verbesserung von Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, die Sprachförderung und der Abbau von Diskriminierung.

Die genannten Handlungsfelder werden mit einer Reihe von konkreten Maßnahmen und Projekten untersetzt. Das Stadtquartier gilt dabei als zentrale Integrationsebene, denn hier manifestieren sich sozial und ethnisch begründete Spannungen. Mit Akteuren vor Ort gilt es, die sozialräumliche Stabilität zu fördern und zu bewahren und zu einem toleranten Zusammenleben der verschiedenen Gruppen beizutragen. Ein weiterer Grund für die besondere Bedeutung kleinräumiger Ansätze ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer familien- und nachbarschaftsbezogenen Orientierung und anderer Kommunikationsgewohnheiten die (wohnungsnahen) öffentlichen Straßen-, Platz- und Grünräume oft besonders intensiv nutzen und sie als wichtige Orte für ihre soziale und kulturelle Identität ansehen. Die Sicherung und Weiterentwicklung einer kompakten,utzungsgemischten Stadt(teil)struktur mit einem guten Angebot an unterschiedlich gestalteten Räumen, stadtteilbezogenen Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen sowie einer dezentralen Ausstattung mit sozialen und kulturellen Angeboten ist damit ein wesentlicher Bestandteil der interkulturellen Stadtentwicklung. Hierzu gehören auch der Schutz des öffentlichen Raumes vor Privatisierungen und die Ermöglichung eines hohen Maßes an Variabilität von Nutzung und Identifikationsmöglichkeiten.

Dieser Aspekt wird auch im Programm „Soziale Stadt“, aufgegriffen, mit dessen Hilfe in München zahlreiche Maßnahmen zur interkulturellen Stadtteilentwicklung umgesetzt werden. Einen ausgeprägten Stadtteilbezug hat beispielsweise das Projekt „Integration macht Schule“, das (wie auch das bereits thematisierte Programm „Lernen vor Ort“) an der Schnittstelle von Stadtteilentwicklung und Bildung ansetzt. Das Ziel dieses Projektes besteht darin, mit einer interkulturellen Öffnung der Schule zum Stadtteil zu einer Verbesserung des Zusammenlebens beizutragen. Von interkulturell kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeiterwohlfahrt werden im Rahmen von Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen Eltern aktiviert und Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit ausländischen Eltern beraten.

Neben den Kindern und Familien rücken angesichts des demografischen Wandels auch ältere Migrantinnen und Migranten in den Fokus der Kommunalpolitik. Im Rahmen des Projektes „Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchner Sozialregionen“ wird beispielsweise in Kooperation von öffentlichen und freien Trägern die interkulturelle Öffnung bestehender Angebote und die Bereitstellung spezifischer Einrichtungen und Dienste gefördert. Darüber hinaus wurden im Rahmen eines dreijährigen Modellprojektes in zwei Münchner Sozialregionen Sachverständige für Migrationsfragen und ein Team für interkulturelles Qualitätsmanagement eingesetzt.

Die genannten Zielsetzungen der Kommunalpolitik spiegeln sich auch in einer differenzierten Gremien- und Netzwerkstruktur wider. Daneben kommt (insbesondere im Hinblick auf die Bestandsaufnahme und Evaluation) auch der Weiterentwicklung einer Integrationsberichterstattung eine große Bedeutung zu.

Derzeit (2010) wird in Zusammenarbeit aller Referate ein entsprechender Bericht erstellt. Die erste Bestandsaufnahme zeigt, dass sich das Integrationskonzept bewährt hat. So gibt es beispielsweise Erfolge bei der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung, die sich unter anderem in einem deutlichen Anstieg des Anteils von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Auszubildenden mit Migrationshintergrund zeigen. Vor allem in den Bereichen Bildung und gesellschaftliche Teilhabe sind jedoch insbesondere in Verbindung mit der sozialen Lage noch große Ungleichheiten sichtbar.

Abschließend kann angemerkt werden, dass die auch in München bestehenden räumlichen Konzentrationen einzelner ethnischer oder nationaler Gruppen (nicht zuletzt als Ergebnis des in der Stadtentwicklung seit Jahrzehnten geltenden Grundsatzes der sozialen Mischung) bisher keine integrationserschwerende Ausprägung haben. Aufgrund der starken wirtschaftlichen Basis sind zudem die Ausgangsbedingungen für eine gelingende Integration besser zu bewerten als in den meisten anderen deutschen Großstädten.

7 Integrierte Stadtentwicklungsplanung als Schlüsselstrategie – Schlussbemerkungen

Im vorliegenden Beitrag wurde verdeutlicht, dass sich der demografische Wandel nicht auf Schrumpfung und Alterung reduzieren lässt. Im Fall von München stehen die Herausforderungen für die Stadtgesellschaft vielmehr in engem Zusammenhang mit den direkten Folgen des anhaltenden Bevölkerungswachstums, wodurch die Stadt im deutschlandweiten Vergleich schon heute eine Sonderposition einnimmt. Beispielhaft wurde aufgezeigt, dass die Bewältigung und Gestaltung demografischer und sozialstruktureller Veränderungen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und die notwendigen Anpassungen nahezu alle Bereiche der Stadtgesellschaft betreffen sowie Konsequenzen für die stadträumliche Struktur haben. Dies gilt unabhängig von Schrumpfung oder Wachstum.

Darüber hinaus wurde auf die Notwendigkeit von kleinräumigen Ansätzen verwiesen, denn aufgrund ihrer spezifischen Strukturen und Potenziale sind die Stadtteile unterschiedlich stark vom gesellschaftlichen Wandel betroffen. Nicht selten sind die Unterschiede zwischen ihnen hinsichtlich sozialer und demogra-

fischer Entwicklungen, wirtschaftlicher Chancen sowie der infrastrukturellen Ausgangsbedingungen und der Umweltqualitäten größer als zwischen verschiedenen Städten.

In München werden die vielfältigen Veränderungen und daraus resultierenden Herausforderungen nicht nur als Risiken, sondern auch als Chancen für eine aktive Zukunftsgestaltung aufgefasst. Um die Risiken zu minimieren und die Chancen zu nutzen, spielen strategische und integrierte Ansätze in der Stadtentwicklungsplanung eine zentrale Rolle. Mit der „Perspektive München“, ihren Leitlinien, Leitprojekten und Handlungskonzepten hat die Stadt eine querschnittsorientierte und prozessual angelegte Stadtentwicklungsstrategie, die auf soziale und demografische Prozesse reagiert. Mit dem Handlungskonzept „Herausforderungen des soziodemografischen Wandels für die Stadtentwicklung“ verfügt München darüber hinaus über eine umfassende Analyse der sozialen und demografischen Veränderungen und der kommenden Herausforderungen für die einzelnen Handlungsfelder der Stadtentwicklung.

Der Stadtentwicklungsplanung kommt in vielerlei Hinsicht eine federführende Rolle zu. Durch die Aufbereitung der wesentlichen Informationsgrundlagen, die Weiterentwicklung und Fortschreibung entsprechender Berichterstattungssysteme und Konzepte sowie die Initiierung öffentlicher Diskussionen trägt sie zunächst wesentlich zur Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger und der Schaffung eines Problembewusstseins in der Stadtgesellschaft bei. Außerdem übernimmt sie eine wichtige Aufgabe bei der Zusammenführung unterschiedlicher sektoraler und teilträumlicher Aspekte.

Da die Anforderungen des soziodemografischen Wandels nicht nur von den Kommunen allein durch Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung bewältigt werden können, bedarf es neuer kommunaler wie regionaler Akteurskonstellationen, z.B. in der Ausrichtung des Wohnungsangebots, der sozialen und kulturellen Dienstleistungen und Infrastrukturen auf sich verändernde Nachfragen. Bei der notwendigen Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Wohlfahrtsverbänden, sozialen Einrichtungen, Infrastrukturbetreibern, Gesundheitswesen und Einzelhandel hat die Stadtentwicklungsplanung aufgrund ihrer interdisziplinären Herangehensweise eine aktive und vermittelnde Rolle.

Abschließend ist anzumerken, dass die Steuerung städtischer Entwicklung zunehmend komplexer wird und nicht auf den Stadtraum begrenzt bleibt. Außerdem beruht die langfristige Steuerungsfähigkeit nicht zuletzt auf den zur Verfügung stehenden Handlungsspielräumen im Finanzhaushalt. Tendenziell sinkende Einnahmen stehen wachsenden Ausgaben gegenüber, gerade im Sozialbereich. Die knappen Mittel für neue Investitionen, aber auch die Folgekosten für den laufenden Betrieb und die Sanierung bestehender Infrastrukturen, werden auch in München eine Debatte über die Fokussierung auf Schwerpunktaufgaben notwendig machen.

Literatur/Quellen

BÄHR, J. 1997: Bevölkerungsgeographie. Stuttgart.

BREU, F. 2009: Demografischer Rückblick auf das Jahr 2008. In: Münchner Statistik, 1/2009, S.15–21.

- DGB (= Deutscher Gewerkschaftsbund) 2009a: DGB-Index Gute Arbeit. Der Report 2009. Berlin.
- DGB (= Deutscher Gewerkschaftsbund) 2009b: Arbeitsqualität aus Sicht von jungen Beschäftigten – Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2008. Berlin.
- EIGENHÜLLER, L. 2008: Zeitarbeit in Bayern. Entwicklung und Strukturen. IABregional 01/2008. Nürnberg.
- HEIEN, Th., K. KORTMANN und C. SCHATZ 2007: Altersvorsorge in Deutschland 2005. Forschungsprojekt im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung Bund und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Berlin.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2005a: Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005, Soziale Entwicklung und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger – Kurzfassung. München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2005b: Münchens Zukunft gestalten, PERSPEKTIVE MÜNCHEN – Strategien, Leitlinien, Projekte. München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2006a: Wohnen in München IV. München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Schul- und Kultusreferat 2006b: Erster Münchner Bildungsbericht (Beschluss des Schulausschusses des Stadtrates vom 20.09.2006). München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Sozialreferat 2008a: Münchner Armutsbericht 2007. München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Schul- und Kultusreferat 2008b: Die Leitlinie Bildung – Bildungsstadt München (Entwurf). München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Sozialreferat 2008c: Interkulturelles Integrationskonzept. Grundsätze und Strukturen der Integrationspolitik der Landeshauptstadt München. München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2010a: Bevölkerungsprognose 2009–2030 der Landeshauptstadt München. München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2010b: Soziodemografisches Handlungskonzept – Herausforderungen des soziodemografischen Wandels für die Stadtentwicklung. München.
- LHM (= Landeshauptstadt München), Schul- und Kultusreferat 2010c: Münchner Bildungsbericht 2010. München.
- OECD (= Organisation for Economic Co-operation and Development) 2010: What are Equivalence Scales? In: <http://www.oecd.org/dataoecd/61/52/35411111.pdf> (Zugriff: 28.06.2010).
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2009: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 2009. Wiesbaden.